

„Rote Karte für die hessische Pflegepolitik – Menschen pflegen statt Akten“

Dr. Wolfgang Gern Vorsitzender der Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e.V.

**Statement zur Kundgebung der Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen
am 13.12.2011 in Wiesbaden**

Heute haben sich hier auf dem Luisenplatz in Wiesbaden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Pflegeeinrichtungen aus ganz Hessen versammelt, um der hessischen Pflegepolitik die Rote Karte zu zeigen und um gegen den Entwurf für das neue Betreuungs- und Pflegegesetz zu protestieren. Wir, die Verbände der Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen, AWO, Caritas, der Paritätische Wohlfahrtsverband, das Deutsche Rote Kreuz, die Jüdischen Gemeinden und die Diakonie haben diese Demonstration organisiert, denn wir sind der Auffassung: Hessens Bürgerinnen und Bürger, Hessens Pflegerinnen und Pfleger und Hessens Pflegeeinrichtungen verdienen eine gute unterstützende Pflegepolitik!

Die kontinuierliche Verbesserung der Lebensqualität von hilfe- und pflegebedürftigen Menschen ist ein vorrangiges Ziel der Arbeit der Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen. Die Verbände der Liga befürworten daher, dass der Landtag ein gutes Betreuungs- und Pflegegesetz verabschieden möchte. Ein Gesetz, das eine positive Weiterentwicklung der pflegerischen Versorgung der hessischen Bevölkerung ermöglicht. Der vorgelegte Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und FDP erfüllt aber nach unserer Auffassung diese Anforderung in keiner Weise.

Wir protestieren heute mit all denen, deren Arbeit und Ansehen von den Auswirkungen der Pflegepolitik der Hessischen Landesregierung besonders betroffen sind: Mit den Gesundheits- und Krankenpflegerinnen, den

Altenpflegerinnen und Altenpflegern und den vielen Auszubildenden, die in Hunderten von Pflegeeinrichtungen der Liga in Hessen täglich für die Menschen mit Pflege- und Betreuungsbedarf da sind. Ihr Protest richtet sich heute vor allem gegen den von den Fraktionen der CDU und FDP im Hessischen Landtag vorgelegten Entwurf für ein Hessisches Betreuungs- und Pflegegesetz. Sie empfinden den Grundton des Gesetzentwurfes als eine Diffamierung ihres Berufsstandes. Sie befürchten zusätzlich, dass die neuen Regelungen zu einer weiteren Steigerung der Bürokratie in der Pflege führen.

Wertschätzung statt Diffamierung - Rückenstärkung statt Generalverdacht

Zahlreiche Formulierungen im Gesetzesentwurf und in der Begründung erwecken den Eindruck, dass hilfe- und pflegebedürftige Menschen insbesondere vor den professionellen Pflegekräften geschützt werden müssten.

Ich möchte hier ausdrücklich feststellen: Professionell Pflegende verfügen über eine qualitativ hochwertige fachliche Ausbildung. Professionell Pflegende bilden sich kontinuierlich weiter und sie unterliegen hohen fachlichen und persönlichen Anforderungen. Die landesweiten Ergebnisse der Prüfungen des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung in Hessen zeigen, dass professionell Pflegende in Hessen ganz überwiegend ausgezeichnete Arbeit leisten! Die Durchschnittsnoten aller hessischen Pflegeeinrichtungen lagen im sehr guten Bereich und können sich auch im Vergleich mit den Ergebnissen der anderen Bundesländer sehen lassen.

Selbstbestimmt leben – Unverletzlichkeit der Wohnung garantieren

Der vorliegende Gesetzentwurf beschneidet das Selbstbestimmungsrecht der hilfe- und pflegebedürftigen Menschen: Freie Lebensgestaltung wird staatlicher Kontrolle unterworfen. Die grundgesetzlich garantierte Unverletzlichkeit der Wohnung wird teilweise aufgehoben.

Ziel guter Pflegepolitik muss sein, hilfe- und pflegebedürftigen Menschen selbstbestimmtes Leben und gute Pflegequalität zu sichern. Ein Gesetz, das diesem Ziel entspricht, muss die Selbstbestimmung und die Interessen der pflegebedürftigen Menschen und ihrer Angehörigen wahren und noch weiter verbessern. Es muss den professionellen Pflegekräften den gebotenen Rahmen für ihre verantwortungsvolle Tätigkeit vorgeben.

"Politik für ältere Menschen muss bei dem ansetzen, was ältere Menschen selbst wollen [...] sie muss vor allem dem Gedanken Rechnung tragen, dass Menschen so weit wie möglich selbstbestimmt leben wollen." So steht es auf der Internetseite des Hessischen Sozialministeriums. Dem kann die Liga nur uneingeschränkt zustimmen und davon sollten sich die Verantwortlichen in der hessischen Pflegepolitik leiten lassen.

Transparenz statt Kontrollwut - Menschen pflegen statt Akten

Die Landesregierung hat sich leider nicht an ihre eigene Ankündigung von vor einem Jahr gehalten! Am 9. Dezember 2010 hatte sie in einer Pressemeldung gemeinsame Anstrengungen aller Beteiligten und eine Reduzierung der Bürokratie in der Pflege gefordert.

Es gilt, bürokratische Regelungen auf das erforderliche Maß zu reduzieren und nicht zusätzliche aufwändige Melde-, Überwachungs- und Prüfverfahren einzuführen. Jede nicht notwendige Überprüfung kostet Geld. Das für Pflege und Betreuung eingezahlte Geld muss direkt den pflegebedürftigen Menschen zu Gute kommen und darf nicht für unnötige Bürokratie verschwendet werden.

Die Verbände der Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen befürworten eine größtmögliche Transparenz der Qualität von Pflegeleistungen. Bereits jetzt werden stationäre Einrichtungen und ambulante Dienste durch den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung (MDK) detailliert überprüft. Im Rahmen der Überprüfung der Leistungen ambulanter Dienste erhält der Medizinische Dienst dabei auch regelmäßig Einblick in die häuslichen Versorgungssituationen ambulant betreuter Menschen. Die Notwendigkeit einer noch stärkeren Überwachung ist vor dem Hintergrund der bereits erwähnten guten MDK-Prüfnoten für die hessischen Pflegeeinrichtungen allerdings überhaupt nicht nachvollziehbar. Käme es zur Umsetzung des Gesetzes, würden zusätzliche Personalkapazitäten für bürokratischen Aufwand gebunden. Angesichts der Tatsache, dass den Pflegeeinrichtungen in Hessen bereits jetzt Fachkräfte fehlen, ist dies auch vor dem Hintergrund der vom Sozialministerium im Pflegemonitor veröffentlichten Zahlen zum Mangel an Fachkräften in Hessen absolut kontraproduktiv.

Deshalb zeigen wir hier und heute der hessischen Pflegepolitik die Rote Karte!

Wir fordern Unterstützung für eine gute Arbeit in der Pflege, statt Unterstellungen gegen die professionellen Pflegekräfte!

Und wir wollen eine erstklassige Pflegepolitik statt drittklassiger Gesetze!